



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

⌘: Neue Parteiprogramme

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Neue Parteiprogramme



n jüngster Zeit haben sich Sozialdemokratie und Zentrum veranlaßt gesehen, ihre parteidogmatischen Erklärungen einer Revision zu unterziehen. Der „Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie“ ist das Werk einer Achter-Kommission, die auf Veranlassung des Würzburger Parteitages zusammentrat und der unter anderen auch Cunow-Berlin, der bekannte Herausgeber der „Neuen Zeit“, angehörte. Für die andere parlamentarische Massenvertretung hat ihre höchste Instanz der kurz vor dem Kriege gegründete „Reichsausschuß der deutschen Zentrumsparlei“ mit den Vorsitzenden Gröber, Porsch und Held sogenannte „Richtlinien für die Parteiarbeit“ entworfen. Zwar gibt es ein spöttisches Wort von Karl Marx, der erklärte: Jeder Schritt wirklicher Bewegung sei wichtiger als ein Duzend Programme, aber schließlich bilden diese den Pegel, an welchem man den Stand jener ablesen kann; auch die größeren Verbände der Staaten können auf eine Fixierung ihrer inneren Verfassung nicht verzichten, wie wohl schon dem Auge des Laien nicht verborgen bleibt, daß sich die wirklichen Machtverhältnisse und Bewegungen nicht immer in Paragraphen einfangen lassen.

1. Die „Richtlinien“ der Zentrumsparlei

Die 25 Richtlinien des Zentrums machen ihrem Namen alle Ehre, bestehen sie doch eigentlich nur aus knappsten Schlagworten im Telegrammstil, die noch nicht eine einzige der schmalen „Germania“-Spalten füllen. Daß in der Kürze auch stets die Würze liegt, kann man schwerlich behaupten; wie es bei dem komplizierten Charakter der Partei geboten war, hat man auch diesmal dem bewährten Grundsatz des „juste milieu“ gehuldigt und scharfe Formulierungen nach Möglichkeit vermieden. Der „Vorwärts“, allerdings als Konkurrent im Kampfe um die Seele der Massen, kein objektiver Kritiker, redet doch an der Wahrheit nicht weit vorbei, wenn er von dem Zentrumsprogramm behauptet, daß in ihm die Verschwommenheit Trumpf geblieben sei und eine gewollte Unklarheit alles gestattet, dem Grundherrn und Fabrikanten nicht wehe tut, dem Mittelstand höfliche Verbeugungen macht, den Bauer ans Herz drückt, den Arbeiter unveränderten Wohlwollens versichert. In der Polemik, die sich um die neuen Feldzeichen in der Presse beider Lager entsponnen hat, wird von sozialdemokratischer Seite dem Gegner zum Vorwurf gemacht, daß er gelegentlich die Richtlinien als „Programm“ bezeichne; das Zentrum sei gar nicht in der Lage, ein Programm aufzustellen, wie solle ein wirkliches Programm aussehen, das all den in der Partei vereinigten auseinanderstrebenden Elementen gerecht würde: den Verbrauchern und den Produzenten, den Arbeitern und den Unternehmern, den Industriellen und den Künstlern, den Großkapitalisten und dem Mittelstand, den Großagrariern und den Kleinbauern, den Proletariern und den Grafen? Die „Germania“ pariert zwar den Hieb durch Gegenangriff, indem sie auf die Verlegenheiten hinweist, die der Sozialdemokratie „zu ihrem eigenen größten Leidwesen“ aus ihrer starren Bindung an die Dogmen des Erfurter Programms entstanden sind, muß aber zugeben, daß die in allen Farben schillernde Erklärung des Zentralausschusses eben dieser Eigenschaft Zustimmung und Begeisterung in den Reihen der Partei verdankt.

Der ausgleichende Charakter, dessen sich die Politik des Zentrums gern — und ohne Zweifel mit Recht — rühmt, zeigt sich schon in der Art, wie man dem Kardinalproblem unserer Regierungsform gegenübertritt. Die Richtlinien verlangen auf der bekannten föderalistischen Grundlage „Erhaltung einer starken Monarchie und einer kraftvollen Volksvertretung“, gehen also der Frage: parlamentarisch- oder monarchisch-konstitutionell, aus dem Wege, indem sie auch hier dem juste milieu das Wort reden, und zwar in Gestalt jenes Dualismus, wie ihn etwa Schwedens „Regeringsform“ von 1909 angestrebt hat. Die Erläuterung des

Begriffs: kraftvolle Volksvertretung durch die spätere Forderung: vollstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung, ist dehnbar genug — der „Vorwärts“ nennt sie einen „Schwamm“, — und zeigt die Parteiveisen als Meister der Taktik. Für die „Germania“ wird allerdings die Beziehung zur Wahlrechtsfrage „ohne weiteres klar“, aber gerade die bisherige Behandlung dieser Frage ist ein Musterbeispiel für die außerordentliche Manövrierfähigkeit der Partei, die ein Janusgesicht zeigt und zeigen muß. Bekämpfen sich doch gerade hierbei in ihrem Schoße die schärfsten Gegensätze von rechts und links, die jeden gewöhnlichen politischen Verband sprengen würden und nur durch jene transzendenten Bindemittel, wie sie eben nur dem Zentrum zur Verfügung stehen, zusammengehalten werden. Auf der einen Seite scheinen zwar die fünfzigjährigen Ueberlieferungen der Partei, das Vermächtnis Windthorst's, in der Angelegenheit des gleichen Wahlrechts die Entscheidung außerhalb jedes Zweifels zu stellen, und die Haltung eines großen Teiles der Presse während der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses bestätigt diese „Prädestination“. Andererseits stimmt es doch bedenklich, wenn man sieht, wie nicht nur die Gruppe dissentierender Elemente bis zur vierten Lesung auf ein Drittel der Stimmen angewachsen ist, sondern mehr noch, welchen Wert und welche Bedeutung gerade demokratische Beurteiler diesen Elementen der Partei zuschreiben. So hat der Kölner sozialistische Redakteur und Reichstagsabgeordnete Meerfeld in seiner durch Gerechtigkeit und Sachlichkeit ausgezeichneten Geschichte der Zentrumsparthei deren Wahlreformvorschlag, wie er in den Anträgen von 1873 und 1907 zum Ausdruck gelangte, sehr gering angeschlagen und auch angesichts der neueren Ereignisse an der Meinung festgehalten, daß sich seit Gründung der Partei an ihrem streng konservativen Charakter nichts geändert habe.*) Er zitiert eine Äußerung der Dortmunder Tremonia aus dem Jahre 1908: Unendlich wichtiger als eine zwecklose Demonstration (für das Wahlrecht) sei der Kampf gegen die große Gefahr, daß eine liberale Mehrheit im Abgeordnetenhaus die Leitung des Kultusministeriums übernehme. Nun hat sich ja in einem Jahrzehnt viel geändert; heute schreibt dasselbe Blatt, das Episkopat stehe nicht hinter Kardinal von Hartmann, der kein Freund des gleichen Wahlrechts sei, und die katholische Arbeiterschaft stehe mit der Zentrumsmehrheit auf der Seite von König und Staatsregierung. Man mag auch angesichts der Wahlrechtsfundgebung der christlich-nationalen Arbeiterschaft Westdeutschlands (26. Mai) oder der Kölner und Essener Reden des Generalsekretärs Stegerwald (Ende Juli) von der Tatsache Kenntnis nehmen, daß die demokratische Flut innerhalb des Zentrums ebenso im Steigen begriffen ist wie anderswo — mit einer „Demokratisierung“ der Partei dürfte es trotzdem noch gute Weile haben, vollends eine „secessio plebis“ ins sozialdemokratische Lager liegt jenseits aller Befürchtungen oder Hoffnungen; darüber sind sich interessierte und neutrale Kreise einig. Und gerade der außerordentlich geschickte Kampfzug: Vollstümliche und freiheitliche Ausgestaltung der Verfassung wird hier das Seinige dazu beitragen.

Auch in der Außenpolitik (Abschnitt 2) haben die Richtlinien den Stein des Anstoßes wohlweislich umgangen. Zwar ist vom Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit die Rede, davor steht jedoch die Forderung, in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht die deutsche Weltstellung zu sichern und auszubauen, als deren Bedingung die Freiheit der Meere besonders genannt ist. Nirgends eine Erwähnung der Zulirevolution, als deren geistiger Vater doch Herr Erzberger zu gelten hat, sowie des Schlagwortes vom Verständigungsfrieden. Der „Vorwärts“ ist denn auch sehr ungehalten darüber, daß sich die Bundesgenossen der Reichstagsmehrheit über die von Leo dem Dreizehnten und früheren Katholikentagen so energisch vertretene Frage der Abrüstung und vor allem über die Notwendigkeit eines „die Wiederholung ähnlicher Katastrophen“ ausschließenden Friedens so völlig ausschweigen. Er kann sich diese „beflagenswerte Zurück-

*) Sie selbst bezeichnet sich allerdings offiziös lieber als „Mittelpartei“ mit der Maxime vom Interessenausgleich unter den verschiedenen Ständen (s. „Germania“ Nr. 427).

Haltung“ nur aus dem Umstande erklären, daß der vaterlandsparteiliche Bazillus im Zentrumskörper haufe und man die annexionistischen Elemente der Partei nicht habe vor den Kopf stoßen wollen.

Im letzten, größten Abschnitt (Innenpolitik) sind die religiös-sittlichen, sozialen und wirtschaftlichen, die Finanz- und Steuerfragen mit der „Stellungnahme zu den Kriegsfolgen“ zusammengefaßt. Unter der ersten Kategorie findet sich neben der bekannten scharf antisozialistischen Kirchen-, Schul- und Ehechutzpolitik des Zentrums der Satz: Freiheit für die christliche Liebestätigkeit und paritätische Förderung ihrer Einrichtungen. Man sollte meinen, daß diese an die Adresse der Staatsgewalt gerichtete Forderung im Rahmen der Partei eine Selbstverständlichkeit darstellt. Doch scheint es hier mit der „Parität“ eine eigentümliche Bewandnis zu haben. Vor einiger Zeit erregte der Sieg des katholischen Pfarrers Greber über den offiziellen Zentrumskandidaten General von Steinäcker bei der letzten Reichstagsersatzwahl im Rheinland Aufsehen. Der Geistliche war daraufhin vom Bischof von Trier seines Amtes entsetzt worden, und die Fraktion des Reichstages hatte sein Aufnahmegesuch abgewiesen mit der Begründung, erst müsse das gegen ihn eingeleitete kirchliche Verfahren abgewartet werden, worauf Greber sich dem elsässischen Zentrum anschloß. Später erfuhr man Genaueres über die eigentlichen Beweggründe der kirchlichen Behörden. Greber ist der Vertreter einer Richtung innerhalb der Partei, die sich zu einer Art von „christlichem Sozialismus“ bekennt. Die vom Mayener „Ständehaus“ ausgehende Bewegung will praktische sozial-caritative Arbeit auf demokratischer Grundlage leisten, sie ist antikapitalistisch und antistaatssozialistisch orientiert. Derartige Strömungen waren in der Partei schon früher lebendig; ein Vorkämpfer der freien sittlichen Liebestätigkeit gegenüber staatssozialistischen Bestrebungen, wie sie der katholische Sozialpolitiker Franz Sige vertrat, war der damalige Freiherr von Hertling, der, wie die Mehrzahl seiner Fraktion, zum Beispiel von staatlicher Arbeiterversicherung nichts wissen wollte. Später haben sich die Gegner versöhnt, der Staatssozialismus wurde anerkannt und die erdrückende Mehrheit der Zentrumsbekennner hat den Kapitalismus, wie Meerfeld es ausdrückt, mit Haut und Haar geschluckt. In Übereinstimmung mit dieser Wandlung lehnt man jetzt von maßgebender Seite die praktische christliche Caritas der Ständehausleute ab, man will sie nicht, weil sie die guten klerikalen Beziehungen zu Großkapital und Staatsgewalt stören könnte und legt infolgedessen dem Pfarrer Greber in sehr unparitätischer Weise das Handwerk.

Auf dem wirtschaftlich-sozialen Gebiete zeigt sich der universale Charakter der Zentrumspolitik besonders deutlich. Man hat unsere Parteien oft mit wirtschaftlichen Interessengruppen verglichen, beim Zentrum versagt diese Möglichkeit. Hier soll und — muß jeder Stand auf seine Rechnung kommen, wirbt doch die christlich-katholische Weltanschauung*) im Herrenschloß ebenso wie in der Bauernstube, in Fabrik, Kontor und Bureau ebenso wie an den Arbeitsstätten der freien Berufe ihre Anhänger. So muß sie sich denn eine „ausgleichende Förderung von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie, Handel und Verkehr“ angelegen sein lassen, und darf dabei die „Schaffung eines lebenskräftigen Mittelstandes“, zugleich aber auch die „Ausgestaltung der Rechtsstellung des Arbeiterstandes als gleichberechtigten Gliedes der Volksgemeinschaft“ und eine „zeitgemäße Fortbildung des Beamtenrechtes“ nicht vergessen. Hier gilt das Wort: Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen, zugleich aber das Bedenken: Multum, non multa; und man kann es dem „Vorwärts“ von seinem Standpunkte nicht übel nehmen, wenn er die Neuschaffung eines Mittelstandes in einer Zeit „neu anhebender sozialer Kämpfe und unerhörten Machtzuwachses des Großkapitals vorläufig als das Geheimnis der Urheber des Programms“ betrachtet.

*) Daß diese trotz aller anderweitigen Hilfskonstruktionen die einzige „Plattform“ der Partei ist, zeigte sich jüngst wieder in einem Germania-Artikel („Konstruktionsfehler und Plattform“, Nr. 427.)

Die Richtlinien verlangen: „Gesetzliche Anerkennung der berufsständischen Organisationen und Ausbau ihrer Rechte“. Nun gehören ja wohl auch die katholischen Arbeitervereine — der drei großen Gruppen Süd-, West-, Mittel- und Nordostdeutschland — zu den „berufsständischen Organisationen“. Was aber gerade die jüngste Zeit über die Behandlung dieser Vereine seitens der kirchlichen Autoritäten zutage fördert, ist alles andere als „Ausbau ihrer Rechte“. Wenn man die Vorgänge betrachtet, die sich in der Kölner Erzdiözese abspielten und in der Amtsentsetzung des Diözesanpräses des dortigen Verbandes katholischer Arbeitervereine Dr. Müller gipfelten, so kann man der Zentrumsparthei nur empfehlen, zunächst in ihr nächstehenden Kreisen für die Durchsetzung ihrer programmatischen Grundzüge zu sorgen, bevor sie sich mit ihnen an die politische Öffentlichkeit wendet. Handelt es sich doch bei jener Fehde zwischen dem Kardinal von Hartmann und der München-Glabbacher Arbeitervereinszentrale in Wirklichkeit um nichts anderes als ein Wiederaufleben des alten „Richtungsstreites“ im katholischen Lager. Dr. Müller hat dem genius loci seiner Wirkungsstätte München-Glabbach gehuldigt, von wo aus einst Julius Bachem „das öffentliche Leben des katholischen Deutschlands vom Einfluß des Episcopats und der Orthodogie befreien“ wollte, wie die gegnerischen Anhänger des Autoritätsprinzips behaupteten. Die auch von Stegerwald proklamierte Emanzipation der katholischen Arbeiterchaft von klerikaler Leitung und Bevormundung, das Eindringen politischer Bestrebungen in diese Kreise will die Kurie unter allen Umständen verhindern. Da sich aber berufsständische Rechte schwerlich „ausbauen“ lassen ohne zum mindesten standespolitische Mittel, so läuft das Verhalten des Kölner Kardinals, der die Traditionen des streitbaren Fürstbischofs von Breslau, Kopp, wieder aufnimmt, den Richtlinien der Zentrumsparthei schnurstracks zuwider.

In der eigentlichen Dogmenfrage der Wirtschaftspolitik erklären sich diese mit der Forderung: Schutz der nationalen Arbeit schroff gegen das System Brentano und wahren damit den alten Standpunkt der Partei, wie er sich bereits unmittelbar nach Bismarcks plötzlicher Schwenkung zum Schutzzoll im Wahlaufwurf von 1879 geltend gemacht hatte. Auch die sonstigen, in diesem Zusammenhange begegnenden Thesen sind bereits anerkannt, so etwa die Fortführung der sozialen Versicherungsgesetzgebung — die Abneigung gegen den Staatssozialismus ist bei der Partei, die 1911 für die große Privatversicherungsbill stimmte, längst verschwunden —, ferner: die Erhaltung des Privateigentums als einer „wesentlichen Grundlage der sozialen und wirtschaftlichen Ordnung“, Bekämpfung nur der „Auswüchsen“ des Kartell- und Syndikatswesens.

Ganz dürftig findet man sich mit den Finanz- und Steuerfragen ab; hier muß „gerechte Verteilung der Steuerlasten unter Schonung der minderleistungsfähigen Volkskreise und Berücksichtigung der Gesamlasten in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden“ als Zauberformel für die divergierenden Interessen der so verschiedenen Abgabenzahler und -empfänger genügen.

Für die Übergangswirtschaft endlich ergöt sich das bekannte aus einer Verneinung der Kriegsverhältnisse gewonnene Bild; also Beseitigung des von äußeren und inneren Faktoren geübten Zwanges: Wiederaufbau des Wirtschaftslebens durch Erneuerung der Handelsbeziehungen und Ausschließung des Wirtschaftskrieges, sowie Abbau der Kriegsgesellschaften und monopolistischen Syndikate.

Überblicken wir die Gesamtheit der Richtlinien, so bestätigt sich die alte Erfahrung, daß die Stärke der Zentrumsparthei nicht in der Theorie, sondern in der Praxis liegt und, will sie ihr wirkliches „Programm“ durchführen, auch liegen muß.

